https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/bild-hat-den-kabinettsbeschluss-diesen-heiz-hammer-hat-die-ampel-jetzt-beschloss-83611816.bild.html 19.4.2023

Habecks Heiz-Hammer Wärmepumpen-Muffeln drohen Mega-Strafen!

Der Heiz-Hammer von Robert Habeck (53, Grüne) ist beschlossene Sache! Das Bundeskabinett stimmte heute Vormittag dem umstrittenen Gesetz zum Heizungsverbot zu.

Damit ist der Heiz-Hammer offiziell. Fest steht: Ab 2024 dürfen keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden. Und: Gasheizungen dürfen nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen neu installiert werden. Bezahlschranke.

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/streit-um-heiz-hammer-christian-duerr-kuendigt-entschaerfung-vom-habeck-gesetz-a-83620776.bild.html 20.4.2023

FDP-Fraktionschef kündigt in BILD an: Ich werde Habecks Heiz-Hammer entschärfen!

Christian Dürr über Klimaschutz, Strafen und Wärmepumpen-Förderung

Der Heiz-Hammer von Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) spaltet die Ampel.

Auch bei den Liberalen ist das Gesetz intern höchst umstritten. Denn: Die vier FDP-Minister stimmten den Habeck-Plänen nach langem Hin und Her zu. Das führte zu Aufruhr in der Fraktion. Bereits am Dienstag gab es einen heftigen Schlagabtausch.

Darüber sprach BILD mit dem FDP-Fraktionschef Christian Dürr (46).

BILD: Herr Dürr, Sie sollen hinkriegen, was Ihr Parteichef Lindner nicht geschafft hat: den Heiz-Hammer zu entschärfen. Werden Sie das schaffen oder scheitern?

Christian Dürr: „Der aktuelle Entwurf ist schon deutlich besser als die erste Version, die Robert Habeck vorgelegt hat. Die FDP hat z. B. dafür gesorgt, dass es keine Austauschpflicht für funktionierende Heizungen geben wird. Trotzdem muss noch einiges besser werden."

BILD: Wenn das Gesetz noch nicht genügt – warum haben die vier FDP-Minister dann zugestimmt?

Dürr: „Christian Lindner hat ja klargemacht, dass er noch Verbesserungsbedarf sieht. Zum Beispiel müssen wir dafür sorgen, dass die Technologieoffenheit auch wirklich umgesetzt werden kann. Dazu war es sehr wichtig, dass zum Beispiel die Stadtwerke gesagt haben, was noch besser werden muss, denn die Versorger müssen das vor Ort realisieren."

BILD: Dennoch bleibt das Gesetz in Ihrer Partei höchst umstritten, Abgeordnete sprechen von „einer Atombombe für unser Land".

Dürr: „Klimaschutz muss zur Realität der Menschen passen, das müssen auch die Grünen verstehen. In diesem Sinn müssen wir das Gesetz jetzt im parlamentarischen Prozess verbessern. Das wird in jedem Fall gelingen."

BILD: Können Sie versprechen, dass nach 2024 der Einbau von Gasheizungen weiter möglich ist?

Dürr: „Ja, wenn diese Heizungen mit klimaneutralem Gas wie Wasserstoff betrieben werden können. So haben wir es in der Koalition vereinbart. Und das Gesetz muss so ausgestaltet sein, dass es technisch in der Realität auch möglich ist."

BILD: Wer gegen das Gesetz verstößt, sollte ursprünglich bis zu 50 000 Euro Strafe zahlen, jetzt sind es immerhin noch 5000 Euro. Wollen Sie die Menschen in den Ruin treiben?

Dürr: „50 000 Euro sind absurd! Diese Strafen wird es für Eigenheimbesitzer definitiv so nicht geben. Sie sollen bei maximal 5000 Euro liegen. Wir wollen den Menschen keine Angst machen." ……..

https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus244857574/Immobilien-Umbau-Senioren-droht-jetzt-die-doppelte-Wohnkosten-Falle.html
19.4.2023

Klimaschutz und Barrierefreiheit – Jetzt droht die doppelte Wohnkosten-Falle

Hohe Kosten für energetische Sanierung, zu viele Barrieren und Schwellen, teure Pflege: Vielen Seniorenhaushalten drohen in dem kommenden Jahren enorme Kosten. Das könne einer aktuellen Studie zufolge sogar zu mehr Alters-Obdachlosigkeit führen. Bezahlschranke

https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/studie-zu-altersgerechtem-wohnen-zu-wenige-wohnungen-fur-senioren-geeignet-9670895.html
17.4.2023

Studie zu altersgerechtem Wohnen: Zu wenige Wohnungen für Senioren geeignet

Nur ein Teil der älteren Deutschen lebt in baulich angepassten Wohnungen. Mit dem Altern der Babyboomer werde sich die Lage noch verschärfen, warnen Experten.

In Deutschland fehlen einer Studie zufolge mehr als zwei Millionen seniorengerechte Wohnungen. Laut der Erhebung „Wohnen im Alter", die am Montag auf der Messe Bau in München vorgestellt wurde, benötigen aktuell rund 2,8 Millionen Haushalte mit Senioren altersgerechte Wohnungen. Doch nur 600.000 dieser Haushalte hätten entsprechende Räume zur Verfügung.

Das Problem werde sich innerhalb der nächsten 20 Jahre durch das steigende Bevölkerungsalter noch verschärfen, heißt es in der Studie des hannoverschen Pestel-Instituts, die im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) erstellt wurde. ……

https://uncutnews.ch/eu-will-energie-noch-teurer-machen-lehnen-sie-diesen-vorschlag-ab/ 19.4.2023

EU will Energie noch teurer machen: „Lehnen Sie diesen Vorschlag ab!"

In Zeiten der Monsterinflation will die EU die CO_2-Steuern erhöhen. Dagegen sei viel einzuwenden, sagte der Europaabgeordnete Rob Roos (JA21) im Europäischen Parlament.

„Zum Beispiel über die Tatsache, dass dies ärmere Bürger treffen wird. Oder über den unermesslich geringen Effekt, den dies auf das Klima haben wird", erklärte er.

Noch vor zwei Monaten hatten die Abgeordneten ihre Bedenken geäußert. „Aber dieser Realismus ist jetzt schon gegen Ideologie eingetauscht worden", so Roos.

„Die CO_2-Steuer schadet unserer Ertragskraft, unserer Kaufkraft und damit unserem Wohlstand", betonte der Abgeordnete.

„Trotz einer Monsterinflation, trotz himmelhoher Energiepreise, die alles durchdringen, trotz eines Krieges auf unserem Kontinent, geht die EU ihren Weg weiter. Mehr Steuern. Mehr Bürokratie. Und damit: weniger Wohlstand", so Roos.

„Das ist nicht das, was Bürger und Unternehmen benötigen. Deshalb lehnen Sie diesen Vorschlag ab!" betonte er.

Ende letzten Jahres wurde beschlossen, dass jeder in Europa für CO_2-Emissionen zahlen soll. Das bedeutet, dass sie bei jedem Tanken und beim Einschalten der Heizung dafür zahlen werden.

https://www.politico.eu/article/parliament-approves-core-eu-climate-legislation/amp/ 18.4.2023

Parliament approves core EU climate legislation

Next, the deal needs to be formally ratified by the Council of the EU.

Parlament billigt zentrale EU-Klimagesetzgebung

Als nächstes muss das Abkommen vom Rat der EU formell ratifiziert werden.

Das Europäische Parlament hat am Dienstag seine endgültige Zustimmung zu wichtigen Rechtsvorschriften gegeben, die das Rückgrat des wichtigsten klimapolitischen Pakets der EU bilden, und ist damit dem Inkrafttreten einen Schritt näher gekommen.

Zwei Jahre schwieriger Verhandlungen zwischen dem Parlament, dem Rat der EU und der Europäischen Kommission gipfelten im vergangenen Jahr in einem Kompromiss über die Pläne zur Überarbeitung des EU-Klimamarktes, zur Einführung einer Kohlenstoffsteuer und zur Schaffung eines sozialen Klimafonds zur Entschädigung gefährdeter Verbraucher.

Die Dossiers sind ein wichtiger Teil des so genannten Fit-for-55-Pakets der EU, das der EU helfen soll, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Die Überarbeitung des EU-Kohlenstoffmarktes, des so genannten Emissionshandelssystems, sieht unter anderem vor, den Luftverkehr vollständig in den Mechanismus einzubeziehen und ihn auf die Emissionen der Schifffahrt auszuweiten. Außerdem werden Stromerzeuger und starke Verschmutzer verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 um 62 Prozent zu senken.

Die Vereinbarung sieht auch die Schaffung eines parallelen Kohlenstoffmarktes vor, der ab 2027 fossile Brennstoffe erfasst, die für den Antrieb von Autos und die Beheizung von Gebäuden verwendet werden - ein äußerst umstrittener Punkt, da befürchtet wird, dass die Politik unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf sozial schwache Haushalte haben wird, was zu politischen Gegenreaktionen führen könnte.

Um ein solches Szenario zu vermeiden, haben die Gesetzgeber auch einen 86,7 Milliarden Euro schweren sozialen Klimafonds unterstützt, der den Regierungen helfen soll, die höheren Preise für sozial schwache Verbraucher abzufedern. Der Fonds wird ab 2026 zur Verfügung stehen.

Mit der Einigung ist die EU auch auf dem Weg zur Einführung der weltweit ersten Kohlenstoffgrenzsteuer, dem so genannten

Kohlenstoffgrenzausgleichsmechanismus, um zu verhindern, dass EU-Unternehmen von Ländern mit einer weniger strengen Umweltpolitik unterboten werden.

Nachdem das Parlament die Dossiers gebilligt hat, muss das Abkommen nun noch vom Rat formell ratifiziert werden, bevor es in Kraft treten kann.

https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/die-normalverdiener-sind-die-groessten-verlierer-auf-dem-wohnungsmarkt
19.4.2023

Die Normalverdiener sind die größten Verlierer auf dem Wohnungsmarkt

Von Gunnar Schupelius

Der Senat fördert Sozialwohnungen und errichtet Neubauten für Flüchtlinge. Die ganz normale arbeitende Bevölkerung aber wurde vergessen und kann sich keine Wohnung mehr leisten. Das darf nicht so bleiben, meint Gunnar Schupelius.

Die Wohnungsnot in Berlin hat ungeahnte Ausmaße erreicht. Man kann es auch so formulieren: Es werden kaum noch Wohnungen frei – und wenn eine frei wird, dann wird sie unter der Hand angeboten und nicht auf dem Wohnungsmarkt.

Dabei gehören ausgerechnet die Normalverdiener (Nettohaushaltseinkommen bis ca. 2550 Euro) zu den größten Verlierern. Das klingt verrückt, ist aber wahr. Denn es werden immer weniger Wohnungen gebaut, die sie sich leisten können (bis 12 Euro/Quadratmeter). Das geht aus einer Datenanalyse hervor, die der RBB veröffentlicht hat.

Demnach hat sich das Angebot an erschwinglichen Wohnungen für Normalverdiener in Berlin in den Jahren 2012 bis 2021 um ein Drittel verringert. Als erschwinglich gilt eine Wohnung, wenn der Mieter nicht mehr als 40 Prozent seines Haushaltseinkommens für die Warmmiete aufbringen muss.

Die Verknappung der erschwinglichen Wohnungen für Normalverdiener ist Folge einer politischen Entscheidung. Die Politik verlangt, dass das Angebot an Sozialwohnungen erhöht werden muss.

Die Wohnungsbauunternehmen müssen 30 Prozent der Neubauwohnungen für 6,50 Kaltmiete pro Quadratmeter anbieten. Das rechnet sich trotz Förderung nicht. Die tatsächlichen Kosten liegen bei mindestens 12 Euro pro Quadratmeter.

Die Bauherren sind deshalb dazu übergegangen, die übrigen Wohnungen für 16 Euro und mehr anzubieten. Diesen Quadratmeterpreis können sich Normalverdiener nicht leisten, sie sind raus.

Im Neubau der privaten Unternehmen und Genossenschaften finden sich auf diese Weise also nur noch Sozialwohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) und teure Wohnungen, die sich nur noch wenige leisten können. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wiederum setzen ganz auf WBS-Wohnungen. Außerdem werden Wohnungen speziell für Asylbewerber gebaut.

Die ganz normalen Leute aber, die arbeiten und Geld verdienen, gehen leer aus. Sie verdienen zu wenig, um sich die teuren Wohnungen leisten zu können, und zu viel, um einen Wohnberechtigungsschein zu bekommen.

Der amtierende rot-grün-rote Senat ignorierte diese absurde Entwicklung. Man versprach Jahr für Jahr neue Wohnungen und verschwieg, dass es sich dabei um Sozialwohnungen, Flüchtlingswohnungen oder besonders teure Wohnungen handelt.

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD, die künftig regieren wollen, ist von einer Förderung auch oberhalb der 6,50-Euro-Wohnungen die Rede. Mal sehen, ob dieser Plan Wirklichkeit wird.

So jedenfalls kann es nicht bleiben. Es kann nicht sein, dass die normalen Leute in ihrer eigenen Stadt keine Wohnung mehr bekommen, während die Politik andere fördert.

Im November rief der Senat den „Notfallplan Stufe 2" für die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften aus. Sie sind damit verpflichtet, „schnellstmöglich" Wohnraum für „Geflüchtete" zu schaffen.

Das zeigt, was möglich ist. Wo also bleibt der „Notfallplan Stufe 2" für die Normalbevölkerung? Der sollte ebenfalls „schnellstmöglich" in Kraft treten.

https://www.bild.de/politik/inland/politik/trotz-atom-aus-soeder-plant-akw-alleingang-83568140.bild.html 16.4.2023

Söder plant AKW-Alleingang

Bayern will jetzt ein EIGENES Atomkraftwerk betreiben sowie einen EIGENEN Forschungsreaktor bauen. Dafür verlangt Ministerpräsident Söder vom Bund eine Änderung des Atomgesetzes, um AKWs wie Isar 2 wieder ans zu Netz bringen.

Söder zu BILD am SONNTAG: „Bayern fordert vom Bund eine eigene Länderzuständigkeit für den Weiterbetrieb der Kernkraft. Solange die Krise nicht beendet und der Übergang zu den Erneuerbaren nicht gelungen ist, müssen wir bis zum Ende des Jahrzehnts jede Form von Energie nutzen. Bayern ist bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Gleichzeitig steigen wir als Vorreiter in die Forschung zur Kernfusion ein und prüfen den Bau eines eigenen Forschungsreaktors – gerne in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Es kann nicht sein, dass ein Land der Ingenieure wie Deutschland jeden Anspruch auf die Zukunftsgestaltung und internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgibt", so Söder weiter. ……..

https://pleiteticker.de/am-tag-nach-dem-atom-aus-deutschland-importiert-atom-strom-aus-frankreich/?_gl=1*swv8uu*_up*MQ..*_ga*MjAzNjYwNTQzNC4xNjgxNjU4NjEz*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4MTY1ODYxMi4xLjAuMTY4MTY1ODYxMi4wLjAuMA 16.4.2023

Am Tag nach dem Atom-Aus: Deutschland importiert Atom-Strom aus Frankreich

Erst gestern gingen die letzten drei deutschen Atomkraftwerke vom Netz, heute morgen schon importiert Deutschland Atom-Strom aus Frankreich. Auch aus anderen Ländern fließt Strom nach Deutschland.

Kaum sind die drei letzten Atom-Kraftwerke vom Netz, importiert Deutschland sauberen Atom-Strom aus Frankreich: Am Sonntagmorgen um 8 Uhr deckten Stromimporte aus dem Nachbarland mit rund 800 Megawatt Leistung immerhin zwei Prozent des deutschen Strombedarfes.

Hauptgrund: Obwohl bereits ein Drittel des Stroms mit schmutziger Kohle-Kraft erzeugt wurde, konnten die erneuerbaren Energien den – an einem Sonntagmorgen erfahrungsgemäß geringen – Strombedarf nicht decken. Die mehr als 30.000 Windräder in Deutschland waren nur zu rund 13 Prozent ausgelastet, die Solarflächen, die fast 70 Gigawatt leisten könnten, kamen am frühen Morgen auf gerade einmal 1,4 Prozent der möglichen Leistung.

Aber mehr noch: Auch aus Österreich, Dänemark und Norwegen musste Strom importiert werden. Ebenso wie aus Polen, wo der CO2-intensivste Strom der gesamten EU mit jeder Menge Kohlekraft produziert wird. Das zeigt die Seite „Electricity Maps", die die Energieherstellung in Europa stundengenau dokumentiert.

Experten hatten vorausgesagt, dass der Wegfall der rund 33 Milliarden Kilowattstunden der drei Atomkraftwerke zu großen Teilen mit Kohlekraft und teuren Importen aus dem Ausland gedeckt werden würde.

https://telegra.ph/Neue-Entwicklungsbank-der-BRICS-Staaten-gibt-den-US-Dollar-auf-und-bietet-Kredite-in-lokalen-W%C3%A4hrungen-an-04-20
20.4.2023

Neue Entwicklungsbank der BRICS-Staaten gibt den US-Dollar auf und bietet Kredite in lokalen Währungen an

Die von der fünfköpfigen BRICS-Gruppe gegründete Neue Entwicklungsbank (NDB) bietet im Rahmen ihrer Bemühungen, die Verwendung des US-Dollars für den Welthandel abzuschaffen, Darlehen in lokalen Währungen an.

Die Präsidentin der NDB, Dilma Rousseff, bestätigte den Schritt und fügte hinzu, dass die Finanzinstitution plant, 30 Prozent der Kredite in den Landeswährungen der Mitgliedsländer zu vergeben. Die NDB wurde 2014 von der BRICS-Gruppe - Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika - gegründet, um die von den USA dominierte Weltbank herauszufordern. Rousseff, die von 2011 bis zu ihrer Amtsenthebung im Jahr 2016 Präsidentin Brasiliens war, übernahm die Leitung der NDB im März 2023.

"Es ist notwendig, Wege zu finden, um Wechselkursrisiken und andere Probleme wie die Abhängigkeit von einer einzigen Währung wie dem US-Dollar zu vermeiden", sagte sie am 14. April in einem Interview mit dem chinesischen Medienunternehmen CGTN.

"Die gute Nachricht ist, dass sich viele Länder dafür entscheiden, in ihren eigenen Währungen zu handeln. China und Brasilien zum Beispiel haben sich darauf geeinigt, mit [dem chinesischen Yuan] und dem brasilianischen Real zu tauschen."

Rousseff betonte, dass sich die NDB in ihrer Strategie zu dieser Ausrichtung auf lokale Währungen verpflichtet hat. Dementsprechend muss die Bank 30 Prozent ihrer Kredite in Landeswährungen vergeben. So erklärte sie gegenüber CGTN, dass 30 Prozent des Kreditbuchs der NDB in den Währungen der BRICS-Mitgliedsländer finanziert werden sollen.

"Das wird extrem wichtig sein, um unseren Ländern zu helfen, Wechselkursrisiken und Finanzierungsengpässe zu vermeiden, die langfristige Investitionen behindern", sagte Rousseff. ……..